



Ausschuss für Kommunalpolitik

31. Sitzung (öffentlich)

27. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

- 1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 1**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/2802, 13/3150 und 13/3250

Vorlagen 13/1630, 13/1634, 13/1733 und 13/1793

- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion 1
- Sondersitzung zur Verabschiedung des GFG am 03. Dezember 2002, 14 Uhr 2

- 2 Tarifliche Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen im Land Nordrhein-Westfalen (Tariftreuegesetz Nordrhein-Westfalen – TariftG NRW) 3**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2965
- Ausschussprotokoll 13/689
- Diskussion 3
- Ergebnis: *kein Votum* 4
- 3 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung – Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verändern 4**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279
- Ausschussprotokoll 13/634
- Diskussion 4
- Ergebnis: *abgesetzt* 4
- 4 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz – LHundG NRW) 5**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2387
- Ausschussprotokoll 13/562
- Diskussion 5
- Ergebnis: *kein Votum* 5
- 5 Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes 5**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2505
- Diskussion 5
- Ergebnis: *verschoben* 6

- 6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV Regionalisierungsgesetzes NW) 6**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2706
- Ausschussprotokoll 13/637
- Diskussion 6
 - Ergebnis: *kein Votum* 6
- 7 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes 7**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2854
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *kein Votum* 7
- 8 Das Kleingartenwesen in NRW braucht Zukunft 7**
- Antrag der Fraktion der CDU
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *verschoben* 7
- 9 Deponie-Ranking für NRW bringt Planungssicherheit 7**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3046
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *kein Votum* 8

- 10 Betreutes selbstständiges Wohnen für Menschen mit Behinderungen ausbauen – Zuständigkeit in eine Hand 8**
- Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/2379
- Ausschussprotokoll 13/648
- Diskussion 8
 - Abstimmungsergebnis: *beschlossen* 9
- 11 Ehrenamt stärken – Aktive Bürgergesellschaft aufbauen 9**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/896
- Ausschussprotokoll 13/387
- Abschließende Beratung und gegebenenfalls Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- in Verbindung damit
- 12 Landesnachweis „Engagiert im Ehrenamt“ auch auf kulturelle, sportliche und andere ehrenamtliche Tätigkeitsbereiche übertragen**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2492
- Diskussion 10
 - Ergebnis: *verschoben* 10
- 13 Bahnflächenpool 10**
- Bericht der Landesregierung zum Sachstand –
- Bericht durch LMR Collinet (MSWKS) 10
 - Diskussion 11

14	Evaluierung des Modellversuchs Migrationsausschüsse durch das Landeszentrum für Zuwanderung	14
	– Bericht der Landesregierung –	
	– Bericht durch MDgt Winkel (IM)	14
15	Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG); Änderungsverordnung für das Schuljahr 2003/2004	15
	Vorlage 13/1796	
	– Abstimmungsergebnis: <i>beschlossen</i>	15
16	Verschiedenes	15
	– Ausschussreise in die USA	15
	– Ergebnis	15
	– Verkauf von Schulgebäuden?	16
	– Ergebnis	16

* * *

Der **Ausschuss** kommt überein, auf ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss zu verzichten.

3 Gesetz zur Änderung der Landesverfassung – Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verändern

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/2279

Ausschussprotokoll 13/634

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, dieser Punkt wie auch die drei folgenden Tagesordnungspunkte 4 bis 6 seien in der für den 30. Oktober vorgesehenen Sitzung abgesetzt und auf heute verschoben worden. Zu dem Gesetzentwurf habe der federführende Hauptausschuss gemeinsam mit dem AKo am 5. September eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Das Wortbeiträge im Hearing seien im Ausschussprotokoll 13/634 festgehalten. Damit der federführende Ausschuss seine Beratungen abschließen könne, sollte nach Möglichkeit die Beratung heute abgeschlossen und gegebenenfalls ein Votum abgegeben werden.

Ewald Groth (GRÜNE) bittet darum, diesen Punkt noch einmal auszusetzen, auch wenn man wünsche, alsbald zu einem Ende zu kommen. Die Koalitionsfraktionen würden zuvor gerne noch Erfahrungen aus anderen Bundesländern sammeln. Deshalb schlugen die Koalitionsfraktionen noch eine Ausschussreise in 2003 in andere Bundesländer und nach Österreich unter anderem zu dem Thema vor, wie dort staatliche und kommunale Ebenen die Beziehungen untereinander regelten. Die Koalitionsfraktionen öffneten sich also dem Begehren der CDU-Fraktion, und er bitte um Verständnis, dass man noch einmal prüfen wolle, ob das schon gute Konnexitätsprinzip nicht noch verbesserungswürdig sei. – **Heinz Wirtz (SPD)** stimmt dem zu und merkt an, man wolle das Thema verantwortungsbewusst behandeln, den Gesetzentwurf daher heute nicht ablehnen, sondern noch weitere Erfahrungen sammeln.

Manfred Palmen (CDU) regt demgegenüber an, entsprechende Experten aus den genannten Ländern einzuladen, und verweist zudem auch auf die Vorlage 13/1813 an den Hauptausschuss. Bei ernsthaftem Bemühen sollte die Behandlung dieser Frage sehr schnell erfolgen. Aus Sicht seiner Fraktion sei der Punkt entscheidungsreif.

Christof Rasche (FDP) bezeichnet es als vernünftig, den Punkt heute nicht zu behandeln, da noch einige Fragen offen und einige Anträge in Vorbereitung seien. Das Konnexitätsprinzip sei von enormer Bedeutung. Da es aber den Kommunen schlecht gehe, müsse man auch relativ schnell handeln. Es werde sich sicherlich ein Weg finden lassen, das Thema schnell aufzugreifen, ob in einer Sitzung hier oder verbunden mit einer Reise.

Der **Ausschuss** kommt schließlich überein, den Punkt heute nicht zu behandeln und mit den Sprechern das weitere Prozedere zu verabreden.